Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 7-8

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Finanzpolitische Sackgassen

Finanzpolitik ist eine zentrale Arena der Politik, weil dort der finanzielle Rahmen für Art und Ausmass der Staatstätigkeit festgelegt und auch die Effizienz des Einsatzes finanzieller Mittel besonders scharf im Auge behalten wird. Zusammen mit der Steuerpolitik entscheidet sie auch über die fiskalische Belastung des einzelnen Bürgers wie der Wirtschaft, wobei Steuern und Sozialabgaben in neuerer Zeit durch ihre progressive Struktur darüber hinaus zu einem Instrument massiver Einkommensumverteilung geworden sind.

Deshalb ist es auch nur natürlich, dass in diesem Bereich der Politik meist besonders hart gerungen wird und Pattsituationen besonders zahlreich sind. In letzter Zeit häufen sich die Anzeichen dafür, dass die Finanzpolitik des Bundes gegenwärtig in eine Sackgasse zu geraten droht, die viele – und nicht zuletzt unser Finanzminister – für ausweglos halten. Dabei vermengen sich strukturelle und politische Probleme. Ausserdem scheinen nicht alle das gleiche unter «Struktur der Finanzordnung» zu verstehen. Bundesrat Stich möchte in erster Linie die zeitliche Begrenzung und die verfassungsmässige Verankerung der Höchstsätze bei den Bundessteuern eliminieren. Andere wiederum finden, dies komme überhaupt nicht in Frage, weil ohne obligatorisches Referendum die Ausgabenschleusen durch Regierung und Parlament noch mehr geöffnet würden.

Dies dürfte indessen ein Streit um des Kaisers Bart sein. Denn alle bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass sich das Volk die Kompetenzen in diesem Bereich zuallerletzt beschneiden lassen würde. Die Kernprobleme dürften anderswo liegen. Zunächst zu den Einnahmen. Hauptquellen sind direkte und indirekte Bundessteuern. Bei der ehemaligen Wehrsteuer liegt die Problematik in ihrem «Reichtumssteuer»-Charakter, aber auch darin, dass das Substrat der direkten Steuern eigentlich den Kantonen vorbehalten bleiben sollte. Die WUST ihrerseits weist strukturelle Mängel auf, die in grossem Ausmass wettbewerbsverzerrend sind. Solange hier keine Revision stattfindet, ist mit ihr keine Politik mehr zu machen. Ausgerechnet in diesem Punkt ist jedoch eine völlige Erstarrung der Fronten erfolgt.

Seit Ende der siebziger Jahre wollte nämlich der Bundesrat eine Energiesteuer zugunsten der allgemeinen Bundeskasse einführen. Das Parlament seinerseits hat inzwischen mehrfach erklärt, eine solche Steuer komme nur in Frage, wenn sie zur Deckung von Ausfällen bei der WUST-Reform benützt werde. Trotz entsprechendem Auftrag von der Bundesversammlung bleibt der Bundesrat aber offensichtlich nach wie vor bei seiner ursprünglichen Linie. Das demonstrierte er

unter anderem mit seiner inzwischen erledigten Heizölvorlage. Es geschieht mit andern Worten in bezug auf die Strukturbereinigung gar nichts. So stellt sich nun schlicht und einfach die Frage, wie der festgefahrene Karren wieder in Bewegung gesetzt werden kann.

Bei der Ausgabenseite ist das Bild kaum erfreulicher. Der Bundesrat verweist regelmässig auf die grosse Pendenzenliste kommender Aufgaben und Ausgaben, wobei keineswegs abschliessend feststeht, was wann – wenn überhaupt – in welchem Umfang fällig werden wird. Immerhin ist nicht zu bestreiten, dass der Ausgabendruck kaum schwächer werden dürfte. Und hier müsste sich vor allem das Parlament endlich selbst zur Ordnung rufen. Denn trotz allen generellen Sparerklärungen erweist es sich immer wieder als völlig disziplinlos, wenn es um Einzelkredite geht. Fast immer werden die Anträge des Bundesrates überboten, der dann seinerseits bei nächster Gelegenheit eines mangelnden Sparfleisses bezichtigt wird.

Es wird unter all diesen Umständen nicht leicht sein, im Vorfeld des Wahljahres 1987 mehr Linie und realistische Grundsatztreue in die Finanzpolitik einzubringen. Anderseits ist eine Fortsetzung des gegenwärtigen Schwarzpeter-Spiels, das von Sackgasse zu Sackgasse führt, so ziemlich das letzte, was sich die Bundespolitik leisten kann.

Richard Reich

Kirche und Wirtschaft

Wirtschaftsordnungen lassen sich von zwei höchst verschiedenen Gesichtspunkten aus beurteilen:

- Einmal kann die Frage nach ihrer *Funktionalität* gestellt werden. Wie sollen Wirtschaftsordnungen rein funktional aufgebaut sein, damit sie die ihnen zugewiesene Aufgabe, die Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, möglichst gut (bedürfnisbezogen) und rationell (optimaler Faktoreinsatz, d. h. Vermeidung von Verschwendung) erfüllen kann.
- Sodann enthält jede Wirtschaftsordnung auch einen *Wertteil.* Welche Werte sollen für eine bestimmte Wirtschaftsordnung verbindlich sein (Frage nach der Werteselektion).

Es ist unmittelbar einleuchtend, dass zwischen diesen beiden Bereichen einer Wirtschaftsordnung *direkte Beziehungen* bestehen. Wenn beispielsweise der Hauptakzent auf «optimale» Funktionalität gelegt wird, so lassen sich nicht mehr alle Werte verwirklichen. Oder umgekehrt: die Verwirklichung bestimmter Werte kann «optimale» Funktionalität verhindern. Zwischen beiden Bereichen kann es zu Konflikten kommen. Und diese lassen sich nur aus der Welt schaffen, wenn entweder nach der Seite der Funktionalität (Wertopfer), oder nach der

Seite der Werte (Opferung optimaler Funktionalität) optiert wird. Wer nach praktischem Anschauungsunterricht sucht, kann etwa nach Osteuropa blicken. Die osteuropäische Reformpolitik signalisiert im Kern einen Konflikt zwischen höherer gesamtwirtschaftlicher Funktionalität (Effizienz) und Werten. Die Chinesen setzen heute auf eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rationalität; sie gehen deshalb mit Werten eher «kühn» um.

Es ist selbstverständlich, dass bei der Wertefrage die *christlichen Konfessionen* ein Wörtchen mitreden wollen. Sie tun dies entweder über konfessionell ausgerichtete Parteien oder direkt mit entsprechenden Verlautbarungen (etwa päpstliche Rundschreiben). Auch der in der Wirtschaft tätige Mensch wird aufgerufen, sich nach den Normen der christlichen Ethik zu verhalten. Es kann keine Trennung zwischen dem privaten und dem beruflichen Leben geben. Die christliche Ethik erfasst die ganze Spannweite des menschlichen Lebens. Der Appell der christlichen Kirchen richtet sich aber nicht nur an das individuelle Verhalten. Er visiert auch die Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftspolitiken an. Sie haben ebenfalls der christlichen Ethik zu entsprechen.

Beide grossen christlichen Kirchen, sowohl die katholische wie die evangelische, hatten mit der *Marktwirtschaft* lange Zeit etwelche Mühe. Und sie stellten denn auch nicht selten an diese Forderungen, die, weil von wenig funktionaler Sachkenntnis begleitet, schlicht illusionär waren. Sie konnten deshalb auch dem praktischen Geschehen in keiner Weise den Stempel aufdrücken. Es handelte sich vielfach um sozialethische Übungen von Intellektuellen, die nichts bewirkten. In dieser Beziehung nun ist im Katholizismus ein höchst bemerkenswerter *Gesinnungswandel* im Gange, der von *Wolfgang Schmitz* («Kirche und Wirtschaft», in: Osteuropäische Rundschau, Heft 2, Wien 1986) als «Kopernikanische Wende» bzw. als «Quantensprung» bezeichnet wird. Und in der Tat bemüht sich die katholische Kirche seit einiger Zeit in eindrücklicher Weise, von den Illusionen von einst Abschied zu nehmen. Im Gespräch *mit* der Wirtschaft versucht sie, zu Wertforderungen zu kommen, die auf die Gesetzlichkeit der wirtschaftlichen Funktionalität eingeschliffen sind. Eine akzeptable sittliche Ordnung, die sich an die Wirtschaft richtet, muss in der Sicht der «Neuen Lehre» von funktionaler Sachkenntnis getragen sein und darf dieser nicht fundamental widersprechen. Die ursprüngliche Auffassung, dass Markt und Ethik unverträglich seien, erfährt im Sog dieser Entwicklung eine grundsätzliche Relativierung, indem der im Wettbewerb stehende Markt als *Voraussetzung* für die Verwirklichung auch von sozialethischen Postulaten betrachtet wird. Die katholische Kirche unternimmt jedenfalls beeindrukkende und ernst zu nehmende Anstrengungen, ihr Verhältnis zur Wirtschaft im Lichte realitätsbezogener Überlegungen zu überprüfen.

In der evangelischen Kirche sind solche Bemühungen *kaum* zu finden. Sie tut sich vielmehr mit wirtschaftlichen Fragen nach wie vor schwer, vermeidet eine im Grundsatz verankerte Auseinandersetzung und beschränkt sich in auffallender Weise darauf, zu Einzelfragen kritisch Stel-

lung zu beziehen, wobei die Entwicklungshilfe ein besonderer Favorit zu sein scheint. Jedenfalls fällt auf, dass die beiden grossen christlichen Kirchen in der Frage ihrer Beziehungen zur Wirtschaft, denen ja einiges Gewicht zugesprochen werden muss, unterschiedliche Wege gehen, wobei die Initiative und Dynamik in dieser Auseinandersetzung momentan eindeutig bei den katholischen Würdenträgern zu sein scheint.

Willy Linder

«Dies Österreich»

«Die Vergangenheit ist ein im Dunkeln befindliches Gemälde, wenn da die Neugierd' ein Licht hinsetzen will, muss augenblicklich die Diskretion wieder den Schirm vorstellen.» (Johann Nestroy «Moppels Abenteuer»)

«Dies Österreich ist eine kleine Welt, die von der grossen aber gar nichts hält.» (Friedrich Hebbel)

«Die Unterstellung, ich sei Nationalsozialist oder gar Jude, muss ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen.» (Präsidentschaftskandidat Kurt Waldheim 1971)

«Der Mann, dem die Welt vertraut», stand auf den ersten Plakaten, die für den Anwärter auf die Präsidentschaft Österreichs, Kurt Waldheim, warben. Auf späteren wurde nur noch auf das Vertrauen der Österreicher zu Kurt Waldheim hingewiesen, und das mit Recht, denn der Sieg des ersten nicht von den Sozialisten portierten oder geduldeten Kandidaten wurde zum Erdrutsch, dem Sieg Ronald Reagans über Jimmy Carter vergleichbar. Immerhin haben zehn Prozent der sozialistischen Wähler und zwei Drittel der Wähler der mitregierenden Liberalen für Waldheim gestimmt.

Obgleich Österreich nicht Frankreich ist und hier dem Präsidenten – man schreibt es heute nicht ganz ohne Zögern – nur eine Art moralische «Mahnerrolle» zukommt, wie sie in Italien Pertini verkörperte und jetzt in der Bundesrepublik Deutschland Weizsäcker ausfüllt – hatte dennoch der Ausgang dieser Kampfwahl sogleich und unvermeidlich politische Folgen. Dass Bundeskanzler Fred Sinowatz zurücktreten würde und als Nachfolger in diesem Amt den Finanzminister Franz Vranitzky vorsah, war schon drei Wochen zuvor gewiss. In diesem Fall bietet sich sogar doch ein Vergleich mit Frankreich an, denn Sinowatz ist wie Pierre Mauroy, der in seiner Provinz verwurzelte, zutiefst traditionsreiche Sozialist, und Vranitzky ein Mann der Hauptstadt, wie es Mauroys Nachfolger Fabius war,

elegant, mit den «besten Kreisen» verbunden, an wirtschaftlicher Erfahrung sogar dem in dieser Hinsicht überschätzten französischen «Wunderkind» wahrscheinlich überlegen. Beide Male ging es darum, den Drift nach rechts zu den bürgerlichen Parteien aufzufangen, Kompetenz über Doktrin zu stellen. Dass der Wechsel der Premierminister in Frankreich die Wähler nicht genügend beeindruckt hat, mag daher als schlechtes Omen für die kommenden Parlamentswahlen in Österreich gelten, doch darf ein Unterschied nicht übersehen werden: Bei allen Krisen und auch Beispielen von Unfähigkeit und Korruption in Staatsunternehmen ist Österreichs Wirtschaft keineswegs krisengeschüttelt, wie es die französische war.

Über die scherzhaft ausgesprochene Vermutung, dass Kurt Waldheim nach dem erwarteten Wahlsieg dem Jüdischen Weltkongress in New York telegraphisch für kontinuierliche und treue Hilfe gedankt habe, wird der Präsident vielleicht nicht einmal lächeln; Sinn für Humor ist in seinen Wahlreden nicht aufgefallen.

Die ungemein heftigen Angriffe seitens der genannten Organisation und die Angriffe des israelischen Justizministers, der sie später mehrmals mässigen und umformulieren musste, konnte weithin – besonders in Amerika – den Eindruck vermitteln, es ginge in dieser Präsidentenwahl um Vergangenheitsbewältigung oder deren Gegenteil: mindestens um das Bekenntnis zu einem Mitmacher, einem Helmut Qualtingers unsterblichem «Herr Karl» nachempfundenen «Herrn Kurt», der es sich stets zu richten wusste. Die triumphale Wahl ist im Ausland in vielen Fällen als ein Zeugnis nazistischer Nostalgie und antisemitischer Grundstimmung gewertet worden.

Nostalgie kann es kaum sein, denn Scrinzi, der Kandidat der extremen Rechten, erhielt im ersten Wahlgang gerade anderthalb Prozent der Stimmen, und er war der einzige Kandidat, der für solche Gefühle einstand. Während der langen Regierung Bruno Kreiskys haben auch seine politischen Gegner niemals auf diese Grundstimmung spekuliert.

Doch mussten Drohungen – wenn Waldheim gewählt werde, komme Schlimmes auf Österreich zu –, auch wenn sie unsinnig waren, zu Trotzreaktionen führen, und solche sind in keiner Demokratie zimperlich. Als Ministerpräsident Begin den Bundeskanzler Helmut Schmidt als willigen Offizier Hitlers verunglimpfte, hat das auch in der Bundesrepublik Deutschland zu Reaktionen geführt, über die man erschrecken, sich aber nicht wundern konnte.

Kurt Waldheim ist in Veröffentlichungen, aber auch von amtierenden Politikern «Kriegsverbrecher» genannt worden; es wurde sogar die juristisch monströse Forderung erhoben, es sei an ihm, den Beweis seiner Unschuld zu erbringen. War denn irgendetwas in seinen Akten entdeckt worden, das nicht vorlag, als der Berufsdiplomat zum Generalsekretär der Vereinten Nationen gewählt wurde? Als Marschall Tito Waldheim die höchsten jugoslawischen Orden verlieh, wusste er zweifellos, dass der Ustaschaführer Kroatiens den gleichen Mann mit dem Bronimir-Orden ausgezeichnet hatte.

Der Umstand, dass Waldheim in seiner veröffentlichten Selbstbiographie über die Balkanphase seines

Kriegsdienstes stumm hinwegging, ändert nichts daran, dass diese Phase dokumentiert war. Es ist nicht ersichtlich, dass neue Erkenntnisse dazugekommen sind, obgleich sich viele offizielle Stellen – auch die französische Regierung – darum bemüht haben. Kurt Waldheims Gegenwart – das Vertuschen, Bestreiten und dann stückchenweise Eingestehen von Umständen, die ihn zum Zeugen von Greueln wie der Deportation der Juden von Saloniki nach Auschwitz gemacht haben, und von Repressalien in Jugoslawien wie in Griechenland, die über alle kriegsrechtlich gedeckten Handelsmöglichkeiten einer Okkupation weit hinausgingen – hat viele abgestossen. Niemand hat es so gut ausgedrückt wie Peter Handke in *«Profil»*, der jedoch die kontroverse Meinung ausdrückt, dass die vielen edlen Einzelnen, die im Grund die Mehrheit der Österreicher ausmachten, bessere Kandidaten als diese verdient hätten. Die Ansicht, ein Volk sei besser als die Politiker, die es wählt, ist – um es österreichisch zu sagen – kurios.

Das Unterdrücken der Vergangenheit ist für so zahlreiche Österreicher von Kurt Waldheims Generation kennzeichnend, dass es kaum individuelle Züge trägt. Die Sozialisten, die, vielleicht ohne es zu wollen, die internationale Lawine der Anschuldigungen ins Rollen brachten, weil ihr eigener, hilf- und gesichtsloser Kandidat Kurt Steyrer so schlechte Figur machte, haben, um den Koalitionspartner FPÖ zu halten, über unvergleichlich schlimmere Vergangenheiten hinweggesehen; sie können nicht gegen Waldheim als moralische Instanz auftreten.

Bei allem Wirbel um Waldheims Kriegsjahre wurde beinahe vergessen, dass Wähler auf naheliegende Fragen stärker reagieren als auf ausländische Anklagen. Hätten sie auf Geheiss des Auslands durch Wahl des Gegenkandidaten reagiert, wäre ihnen das nicht einmal moralisch zugutegehalten worden. Achselzuckend hätte man gesagt: Sie dachten halt an den Fremdenverkehr ...

Die naheliegende Motivierung der Wählermehrheit und insbesondere junger Wähler war: Abkehr von der so lange regierenden sozialistisch geführten Koalition, von der extremen Parteiherrschaft, die als Bevormundung und manchmal als Auslese der – sagen wir: nicht Besten – wirkte. Die Wähler hatten diese Gelegenheit, ihren Verdruss sichtbar zu machen, und sie haben sie benützt.

Fred Sinowatz ist nicht wegen Waldheims Vergangenheit zurückgetreten; es geht ihm um die Zukunft seiner Partei, auf deren Wiedererstarkung er sich nunmehr konzentrieren will. Während dieser ganzen Kampagne erschien in den Staaten des Warschauer Paktes kein Wort der Kritik an Waldheim, im Gegenteil: dort wurde und wird der neue Präsident einhellig gepriesen. Dass der einstige UNO-Generalsekretär innenpolitisch den Rechtsrutsch verkörpert hat und international ausschliesslich die Sympathie des Ostblocks geniesst, mag paradox erscheinen, aber nur denen, die Osten und Linke gleichsetzen, oder wie der Wiener Dichter *Ernst Jandl* schrieb: *«lechts und rinks velwechsern.»*

PS. Kurt Waldheim hat mit einer Dissertation über Constantin Frantz doktoriert. Daran erinnert im *«Tages-Anzeiger»* Arthur Meyer, der aber Bismarcks geistigen Widersacher einen

auf die grossdeutsche Reichsidee Eingeschworenen nennt. Nun war Constantin Frantz ein Föderalist, der den Akzent auf freiheitliche innere Entwicklung legte und vor deutscher Grossmachtpolitik und deren inneren Folgen warnte. Doch trifft es zu, dass der Studiosus Waldheim Frantz als Vorläufer Hitlers feierte, welch letzterer *«wohl in strafferer Form, als von Frantz gedacht, das grossartige Zusammenwirken aller Völker Europas unter der Führung des Reiches»* zustande gebracht habe.

Von seinem Kriegsdienst hat Kurt Waldheim gesagt, er habe nur seine Pflicht getan. Die hitlertreue Dissertation des Sohnes eines wegen seiner Gesinnung von den Nazis verfolgten Vaters ging über diese Pflicht hinaus.

François Bondy

Monatliche Auseinander-Setzung

Lesen ist eine Auseinander-Setzung mit dem Autor. Die Sessel werden auseinander gerückt. Wir setzen uns dem Gesprächspartner gegenüber, schauen ihm ins Auge, hören ihn an, bedenken was er sagt, vergleichen es mit dem eigenen Wissen, mit der eigenen Erfahrung.

Solche Auseinander-Setzung ist Gymnastik für den Geist, vorausgesetzt, man hat den richtigen, den anregenden Lesestoff. Die Schweizer Monatshefte zum Beispiel.

Falls Sie noch nicht abonniert sind oder jemand anderem eine anregende Lektüre mit Niveau gönnen: diesem Heft liegt eine gelbe Bestellkarte bei.

Schweizer Monatshefte